

Rechnen will gelernt sein

Momentan ist unser Land von verschiedenen Rechendiskussionen geprägt. So wurde festgestellt, dass Zahlen zusammenzählen sehr schwierig sein kann. Dass unsere höchste Bildungseinrichtung und verschiedene Ämter da Nachholpotenzial haben, überrascht schon. Ich geb's ja zu, ich muss auch lange rechnen, wenn ich 157934284317 und 4982175349326 zusammenzähle. Aber Personen zu zählen und jeder Person einen Einser zuzuordnen ist ja nichts anderes als $1+1+1+1+1+1+1$, bis allen Personen ein Einser zugeordnet wurde. Dann sollte doch ein richtiges Ergebnis zutage kommen. Wir haben gelernt, dass blosses Zusammenzählen von Einsern zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann.

Auch über höhere Zahlen wird gesprochen. Die Zahl 20000000 scheidet momentan die Geister. Jene 20 Millionen, mit welchen die Regierung seit Jahren rechnete und die Träumereien bleiben, weil unser ach so guter Freund Schweiz uns mit dem DBA im Gegensatz zu allen seinen Nachbarstaaten schlechter stellen will. Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich wird von der Schweiz eine solche Quellensteuer zuerkannt – uns nicht. Ob wir nicht auch einmal internationale Gerichte mit dieser Frage beschäftigen sollten? Beim Casino hat-

ten wir auch keine Skrupel davor, Strassburg zu fragen, was wir tun sollen. Der Europäische Gerichtshof wird schon feststellen, ob die Schweiz eine solche Ungleichbehandlung vornehmen darf. Aber wie gesagt, wir dürfen doch nicht unseren ach so guten Freund beleidigen, dem wir immer so viel geben, aber von dem wir schlechter behandelt werden als alle anderen seiner Nachbarstaaten. Komische Art von Freundschaft – auch da gibt 1 und 1 nicht 2.

Doch auch die Regierung scheint beim Rechnen nicht sattelfest zu sein, wenn ich mir die Wirtschafts- und Sozialpolitik genauer betrachte. Bei uns wird die Politik von weniger Netto vom Brutto scheinbar vorangetrieben. ALV und IV wurden in den letzten Jahren erhöht, AHV, Krankenversicherungs- und Pensionskassenbeiträge sollen erhöht werden – und zwar für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Und dies alles vor dem Hintergrund der Nachteile für unseren Wirtschaftsplatz durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses und der massiven Reduktion der Investitionen von Land und Gemeinden. Die Folge ist ein Ungleichgewicht, welches die Arbeitslosigkeit früher oder später erhöhen wird und die Ausgaben unserer Sozialkassen ansteigen lassen wird. Und wie werden

diese Löcher dann wieder gestopft? Richtig, mit höheren Sozialabgaben und Arbeitgeberbeiträgen – und der Kreislauf nach unten beginnt. Auch diese Rechnung geht auf kurz oder lang nicht auf.



Rechnen will eben gelernt sein. Ich schlage der Regierung deshalb die Gründung der Stiftung rechenkurse.li vor – eines öffentlichen Weiterbildungsinstituts. Da ist die Wirtschaftskammer mit kurse.li, der Stiftung für Berufliche Weiterbildung, im Vorsprung. Ob wir Gwerbler deshalb besser rechnen können?

Ihr Gwerbler
gwerbler@wirtschaftskammer.li